

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Atomreaktoren abschalten – Energiewende jetzt!**

Seit dem schrecklichen Erdbeben und Tsunami in Japan überschlagen sich die Nachrichten aus dem Katastrophengebiet. Die durch die Naturkatastrophen ausgelösten Probleme in den Reaktoren von Fukushima haben mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das sich unserer Vorstellungskraft entzieht. In welcher Weise diese Tragödie endet, ist nicht absehbar; sicher scheint nur zu sein, dass weite Landstriche um die Reaktoren unbewohnbar bleiben werden.

Dieses Versagen von Atomkraftwerken und ihrer Sicherheitstechnik in einem Hochtechnologieland verunsichert in Deutschland viele Menschen. Allerdings ist seit langer Zeit und nicht erst seit der Katastrophe von Fukushima die Mehrheit der Menschen in Deutschland gegen Atomkraft.

Um jetzt schnell und endgültig aus der Atomenergie auszusteigen, müssen neben dem Schaffen der rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den Ausstieg auch alle Anstrengungen unternommen werden für mehr Energieeffizienz, ein noch stärkeres Wachstum der erneuerbaren Energien und einen konsequenten und schnellen Ausbau der Stromnetze.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) drückt im Namen aller Bremerinnen und Bremer dem japanischen Volk ihr zutiefst empfundenes Mitgefühl aus. Die Bürgerschaft (Landtag) zollt den Helferinnen und Helfern, die unter schwierigsten Bedingungen im Katastrophengebiet arbeiten, ihre Hochachtung.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, dass alle sieben ältesten Atomkraftwerke (AKW) und das AKW Krümmel sofort und endgültig vom Netz genommen werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert, dass unverzüglich das seit 2009 vorliegende kern-technische Regelwerk in Kraft gesetzt und eine unabhängige Überprüfung aller AKW auf dessen Grundlage durchgeführt wird.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das sogenannte Moratorium der Laufzeitverlängerungen ab und fordert die unverzügliche Rücknahme der ihr zugrundeliegenden 11. und 12. Atomgesetznovelle.

Die Bürgerschaft (Landtag) formuliert als Ziel, schnellstmöglich endgültig aus der Atomenergie auszusteigen und bittet den Senat, alle rechtlichen Maßnahmen, die hierfür erforderlich sind, zu ergreifen bzw. zu unterstützen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat ferner darum, alle Maßnahmen zu ergreifen, die einen europaweiten Ausstieg aus der Atomenergie unterstützen. Hierbei ist insbesondere die Einführung von verbindlichen Sicherheitsstandards nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik zentral. Dazu gehört auch die Unterstützung der Forderung nach sofortiger Abschaltung der gefährlichsten Anlagen in Erdbebengebieten, der besonders störanfälligen Anlagen und der Anlagen ohne ausreichende Sicherheitseinrichtungen.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Nutzung der Potenziale von Energieeinsparung und Energieeffizienz auch vor Ort konsequent und noch energischer vorangetrieben werden müssen. Der Se-

nat wird gebeten, die Bemühungen insbesondere im Bereich des Ausbaus der Offshore-Windenergie, aber auch aller anderen regenerativen Energieträger noch zu verstärken.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Bundesebene für eine Förderung der Entwicklung und Errichtung von Energiespeichern einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat für den Fall, dass das vom Netz gegangene AKW Esenshamm wieder ans Netz gehen sollte, vor Wiederinbetriebnahme alle Maßnahmen einzuleiten, um eine Stilllegung des AKW auf rechlichem Wege zu erreichen und diese unverzüglich vorzubereiten. Hierbei sind insbesondere die unzureichende Sicherung gegen Flugzeugabstürze, der nicht ausreichende Hochwasserschutz, der problematische Primärkreislauf, die mangelhafte Notstromversorgung und die mangelnde Sicherheitskultur im AKW, belegt durch Bedienungs- und Kontrollfehler, rechtlich zu würdigen.

Jens Dennhardt,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen